



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
SPD-Fraktion der Stadt Kitzingen

Astrid Glos, Keltenstraße 15c, 97318 Kitzingen

Herrn Oberbürgermeister
Siegfried Müller
Kaiserstraße 10 -12

97318 Kitzingen

SPD Stadtratsfraktion
Astrid Glos
Fraktionsvorsitzende
Referentin für Integration

Keltenstraße 15 c
97318 Kitzingen
Fon: 09321 – 22239
astridglos@web.de

Kitzingen, 6. Aug.14

Stellungnahme der SPD-Fraktion zur Unterbringung von Asylbewerbern im Corlette Circle

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,

gemäß Ihrer Bitte in der Fraktionsvorsitzenden-Besprechung am 28. Juli 2014 sich bis zum 10. August 2014 zum Thema „Unterbringung von Asylbewerber im CC“ seitens der Fraktionen zu äußern, teilen wir Ihnen heute unsere Fraktionsmeinung mit.

Aufgrund der prekären Lage in vielen Krisen- und Kriegsgebieten ist die Entwicklung der Flüchtlingsproblematik erschreckend und weiter ansteigend. So ist es auch für eine Kommune – obwohl Kitzingen bereits das bisherige, notwendige Kontingent erfüllt hat - nicht so einfach, die Augen zu verschließen, zumal auch das Recht auf Asyl bereits in unserem Grundgesetz verankert ist.

Wir sind also in der Pflicht aktiv den Asylbewerbern zu helfen. Das tun wir seitens der SPD-Fraktion und ich als Referentin für Integration im Besonderen sehr gern. Unsere Entscheidung im Oktober 2013 lautete auf 30 Unterbringungsplätze, weil es uns und mir ganz besonders wichtig war, hier kein „Flüchtlingslager“ entstehen zu lassen. Unter Integration verstehe ich, dass man auch integriert und das ist an diesem Ort außerhalb Kitzingens doch äußerst schwierig. Im Zentrum einer Stadt ist dies immer leichter. So sind diese Leute abseits jeglichen „Umtriebs“, es fällt ihnen sprichwörtlich „die Decke auf den Kopf“. Unbestritten ist, dass der Unterbringungsort sicherlich sehr komfortabel ist, wie ich bei einem privaten Ortstermin selbst sehen konnte. Ganz sicher freut es die Verantwortlichen, wenn sie an einem Ort die Betreuung durchführen können, als aufgesplittert an mehreren Orten. Aber was heißt das für die Menschen, die in einem umzäunten Terrain leben sollen und umgekehrt, wie empfinden es die Einheimischen, die hier sehen, dass diese leidgeprüften Menschen, die ihre Heimat verloren haben in solch einem umzäunten Gelände untergebracht sind. Vom Aufbau einer zwischenmenschlichen Integration kann man hier nur schwerlich reden.

Wir können der Unterbringung von **maximal** 150 Menschen unterschiedlichster Nationalitäten, aber keineswegs mehr, durchaus aus humanitären Gründen zustimmen, wenn die Menschen auch menschlich gut versorgt werden, wobei unsere bereits im Oktober 2013 und auch jetzt geäußerten Bedenken weiterhin bestehen bleiben. Auch sollte dem Regierungspräsidenten sehr wohl nochmals mitgeteilt werden, dass wir hier einen Beschluss gefasst haben, der durchaus so zu beachten ist, wie wir ihn beschlossen haben. Bei Patt ist nun mal Ablehnung. Und wir bisher schon davon ausgegangen sind, dass ein gegebenes Wort durch H. Weingart auch so gilt und nicht nun die Kehrtwende seitens der Regierung von Unterfranken erfolgt.

Für die Zustimmung der Unterbringung stellen wir unsererseits folgenden Bedingungen:

SPD-Fraktion der Stadt Kitzingen
Keltenstraße 15 c
97318 Kitzingen

Fon 09321-22239
astridglos@web.de
www.spd-stadt-kitzingen.de

- Zusage für mindestens 3 Vollzeit-Betreuungspersonen, d. h. 1 Betreuer je 50 Asylbewerber, die im Schichtdienst vor Ort sind, also auch ein Betreuer in der Nacht. Diese Betreuer sind auch zuständig für die Mithilfe bei Verwaltungsarbeiten (Formulare), Arztbesuche, usw. Es darf nicht sein, dass die Ehrenamtlichen weiterhin auch des Nachts zuständig sind für Arztbesuche, Depressionen, Krankenhausfahrten,
- Anbindung an die Stadt (Bus) mit Haltestellen muss gesichert sein.
- Ausreichend Kindergartenplätze/Kitaplätze vorhalten – Bustransport – wer leistet das, denn das sind städtische Einrichtungen und wir erfüllen zurzeit nur unser eigenes Soll
- Schulbesuche ermöglichen, auch hier Buseinsatz um vom CC in die jeweilige Schule zu kommen und natürlich wieder zurück.
- Information an den AK Asyl, Einbindung der dortigen Ehrenamtlichen bereits jetzt und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit durch finanziellen Zuschuss. Hier muss auch für die Raumausstattung, Kleidung bereits jetzt gesorgt werden, je früher diese eingebunden werden, desto besser. Auch alle anderen caritativen Einrichtungen sind in Kenntnis zu setzen, eine Gesprächsrunde aller könnte hier auch von Vorteil sein. Auch der Integrationsbeirat der Stadt kann hier angefragt werden, aber er muss schon informiert und konkret beauftragt werden.
- Ausarbeitung eines „Unterhaltungsprogrammes“, damit keine Langeweile unter den Asylbewerbern aufkommt. Hier sollte an Sport, Deutschkurse u.a. auch durch besondere Betreuung in der Schule und Ähnliches gedacht werden.
- Wer macht die Deutschkurse? Wer bezahlt diese Kurse?
- Rahmenbedingungen mit dem Landratsamt abstecken und vertraglich vereinbaren.
- Vertragliche Festlegungen mit der Regierung von Unterfranken vor allem auf wie viele Jahre das Gelände angemietet wird. Erstmal für die Dauer von 5 Jahren?! Verlängerung dann noch gewollt?
- Wie sieht es mit Arbeitsplätzen aus? Dürfen die Asylbewerber arbeiten? Evtl. gibt es Aufgaben über Heimarbeit etc. Die meisten Untergebrachten möchten gerne arbeiten um der Langeweile zu entfliehen.
- **Diese vorgenannten Punkte sind in einem Vertrag mit der Regierung von Unterfranken bzw. mit dem Landratsamt zu fixieren. Der Vertrag sollte dann auch nochmal den Fraktionen vorgelegt werden.**
- Besichtigung eines Asylbewerberheimes dieser geplanten Größenordnung und deren Betreuung vor Ort seitens des Stadtrates und Ortstermin im Corlette Circle um sich einen Eindruck zu verschaffen.
- Vereinfachung der Formalitäten, damit nicht ständig Fahrten nach Zirndorf notwendig sind.

Wir erwarten die Erfüllung aller Punkte, die im Rahmen der Humanität notwendig sind. Des Weiteren bedauern wir sehr die Vorgehensweise im Oktober 2013, wenn ein gesprochenes Wort nicht mehr gilt. Wir sehen es aber nicht als städtische Aufgabe an, die Bevölkerung mitzunehmen auf diesem Weg, sondern sehen hier die Regierung von Unterfranken bzw. das Landratsamt als Verantwortliche für den Bereich Asyl in Ihrer Pflicht, so dass eine Bürgerversammlung in deren Zuständigkeitsbereich fällt. Dass wir die Alte Synagoge zur Verfügung stellen, ist kein Problem, aber das Landratsamt hat hier auch Möglichkeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Astrid Glos
Fraktionsvorsitzende